

Japans neue Verteidigungsleitlinien

REINE ROUTINE ODER FUNDAMENTALE UMGESTALTUNG JAPANISCHER SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK?

Am 17. Dezember 2010 verabschiedete die japanische Regierung neue sicherheits- und militärpolitische Verteidigungsleitlinien. Bei diesen sog. *National Defense Program Guidelines*, die erstmals 1976 verabschiedet und bis dato in den Jahren 1995 und 2004 revidiert wurden, handelt es sich um ein Strategiepapier, das die sicherheits- und militärpolitischen Leitlinien des Landes für die kommenden zehn Jahre definiert.

Wenige Tage nach Verlautbarung der Verteidigungsleitlinien veröffentlichte die japanische Regierung zudem einen Fünfjahresverteidigungsplan¹. Dieser macht, basierend auf den neuen Verteidigungsleitlinien, konkrete Angaben über die geplante Auf- und Umrüstung der japanischen Streitkräfte.

Des Weiteren beschloss die Regierung im Dezember 2010 die Einrichtung eines japanischen *Nationalen Sicherheitsrats*², der nach dem amerikanischen Vorbild konzipiert werden soll.

Die neuen Verteidigungsleitlinien wurden schon seit Monaten mit Spannung erwartet. Bereits im Juli 2010 war ein Entwurf der Leitlinien an die japanische Presse durchgesickert, der den Anschein erweckte, dass sich Japans sicherheits- und verteidigungspolitischen Strategien und Kapazitäten künftig fundamental verändern könnten. Aufsehen erregte der Leitlinienentwurf im In- und Ausland (in erster Linie in China) vor allem deshalb, weil dessen Autoren³ der Regierung empfahlen, das selbst auferlegte Exportverbot von Waffen und Waffentechnolo-

gie aufzuheben sowie eine Revision von Japans sog. *Nicht-Nuklearprinzipien* in Betracht zu ziehen.

Japans Sicherheits- und Militärstrategien, so wurde innerhalb und außerhalb Chinas befürchtet, müssten nach der Überarbeitung von Japans Verteidigungsleitlinien fortan als „offensiv“ und nicht - wie bisher - als „defensiv“ bezeichnet werden. Auch wenn diese - vorrangig von China geäußerten - Befürchtungen unbegründet sind, versucht Japan zweifelsohne, seine sicherheitspolitischen Strategien und militärische Ausrüstung durch die Revision der Leitlinien den sicherheits- und militärpolitischen Dynamiken und Bedrohungsszenarien Ostasiens anzupassen. Dass damit ausschließlich die perzipierten wachsenden militärischen Bedrohungen aus China und Nordkorea gemeint sind, verhehlen die revidierten Verteidigungsleitlinien nicht. Sie sprechen in diesem Zusammenhang von einer wachsenden potenziellen chinesischen militärischen Bedrohung und kritisieren die mangelnde Transparenz der chinesischen Verteidigungsausgaben und militärischen Ausrüstung.

Während vor allem Japan regelmäßig besorgt darauf hinweist, dass der zweistellige Anstieg der chinesischen Verteidigungsausgaben berechtigten und konkreten Anlass zur Sorge gebe, betont Chinas Führung mit gleicher Regelmäßigkeit, dass davon über 30% durch steigende Personalkosten bedingt seien.

Radikale Vorschläge

Im Ergebnis sind die im Dezember 2010 veröffentlichten Verteidigungsleitlinien weniger „radikal“ und fundamental als diejeni-

¹ sog. *Five-Year Midterm Defense Buildup Program*

² sog. *National Security Council*

³ eine Gruppe von der Regierung ernannter Vertreter aus der Wirtschaft

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

JAPAN

AXEL BERKOFISKY

21. Januar 2011

www.kas.de/japan

www.kas.de

gen Leitlinien, die die Autoren der Regierung zuvor in einer ersten Fassung im August 2010 vorgeschlagen hatten.

So empfahl dieser Entwurf - welcher der japanischen Presse bereits im Juli 2010 zugespielt wurde - der Regierung vorerst noch, der japanischen Waffenindustrie die Erlaubnis zum Verkauf von Waffen und Waffentechnologie auf dem globalen Markt zu erteilen. Davon versprach man sich eine Beteiligung an den internationalen waffen- und rüstungstechnischen Forschungs- und Entwicklungsprojekten, welche Japan auf dem globalen Markt wettbewerbsfähig machen sollten. Denn Japan hatte sich in den 1960er Jahren selbst ein noch immer geltendes Exportverbot von Waffen und Waffentechnologie an Drittstaaten auferlegt. Dieses sollte nun laut Entwurf vollkommen aufgehoben werden, worauf die japanischen Rüstungskonzerne und der einflussreiche Wirtschaftsverband Nippon Keidanren schon seit Jahren drängten.

Zuvor war das Waffenexportverbot bereits im Jahre 2004 dahingehend gelockert worden, dass es japanischen Firmen⁴ seitdem möglich ist, sich mit amerikanischen Rüstungskonzernen⁵ an der Entwicklung des amerikanisch-japanischen Raketenabwehrsystems zu beteiligen.

Im Jahre 2006 umging die japanische Regierung selbst das eigene Rüstungsgüterexportverbot, indem sie drei Patrouillenboote der japanischen Küstenwache an Indonesien und den Philippinen verkaufte und dies als „Entwicklungshilfe“ bezeichnete.

Waffenexportverbot bleibt in Kraft

Die Aufhebung des Waffenexportverbots galt lange Zeit als beschlossene Sache. Analysten in Japan waren sich bis zuletzt weitestgehend einig, dass die japanische Regierung dem Druck der japanischen Rüstungsindustrie im Dezember 2010 offiziell nachgeben und es ihr dadurch ermöglichen würde, sich an den internationalen Rüstungsgü-

terentwicklungsprojekten zu beteiligen.

Bis zum Schluss beabsichtigte die Regierung, den japanischen Rüstungskonzernen den Export ihrer Waren unter bestimmten Bedingungen zu erlauben. So sollte die Erlaubnis jeweils dann erteilt werden, wenn die Waffen und Militärausrüstung für friedenssichernde und friedenserhaltende Missionen der Vereinten Nationen sowie im Rahmen militärischer Operationen im Kampf gegen den Terrorismus und internationaler Piraterie verwendet würden. In diesem Rahmen waren für die kommenden Jahre die Zusammenarbeit mit Rüstungskonzernen in den USA, Europa, Südkorea und Australien angedacht.

Kurz vor Verlautbarung der Verteidigungsleitlinien jedoch beschloss die japanische Regierung unter Premierminister Naoto Kan aus innenpolitischen Erwägungen heraus, das Verbot doch nicht aufzuheben. Denn die *People's New Party (PNP)*, ein Koalitionspartner der regierenden *Demokratischen Partei Japans (DPJ)*⁶, und die *Sozialdemokratische Partei (SDP)*⁷, ein ehemaliger Koalitionspartner, sind beide kategorisch gegen die Aufhebung des Waffenexportverbots. Die regierende DPJ ist indes aufgrund von fehlenden parlamentarischen Mehrheiten im japanischen Oberhaus⁸ auf die Unterstützung beider Parteien zur Verabschiedung von Gesetzen⁹ angewiesen. Es gilt als sicher, dass im Falle der Aufhebung des Waffenexportverbotes sowohl die PNP als auch die SDP der DPJ ihre Unterstützung versagt hätten.

Allerdings wird die Aufhebung des Verbots in den Leitlinien nicht kategorisch ausgeschlossen, denn dort heißt es: *„Measures to follow the international trend of defense equipment will be studied“*. Dies bedeutet vermutlich, dass sich die derzeitige Regierung im „Bedarfsfall“ das Recht zu eigen machen gedenkt, die Aufhebung des Verbots zum Gegenstand der politischen Agenda des Landes zu machen. Die japanische

⁶ sog. *Democratic Party of Japan*

⁷ sog. *Social Democratic Party*

⁸ die 2. Kammer des japanischen Parlaments

⁹ wie z.B. die anstehende Verabschiedung des japanischen Haushaltsgesetzes

⁴ z.B. Mitsubishi Heavy Industries Ltd. and Kawasaki Heavy Industries

⁵ z.B. Raytheon und Lockheed Martin Corporation

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

JAPAN

AXEL BERKOFISKY

21. Januar 2011

www.kas.de/japan

www.kas.de

Verteidigungsindustrie wird zweifellos weiterhin Druck auf ihre Regierung hinsichtlich der Aufhebung des Waffenexportverbots ausüben - nicht zuletzt weil die Verteidigungsleitlinien selbst von einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation mit Südkorea, Australien und Indien sprechen. Es ist daher anzunehmen, dass die japanische Rüstungsindustrie bei einer solchen Kooperation auf eine Beteiligung hofft bzw. darauf bestehen wird.

„Nicht-Nuklear-Prinzipien“

Des Weiteren empfahlen die Autoren der Verteidigungsleitlinien ursprünglich – wenn auch eher indirekt - eine Revision von Japans sog. *Nicht-Nuklear-Prinzipien*¹⁰. Hierunter ist eine Mitte der 1970er vom japanischen Parlament verabschiedete Resolution¹¹ zu verstehen, die es Japan verbietet, Nuklearwaffen nach Japan einzuführen sowie dort zu lagern oder herzustellen. Diese Prinzipien bleiben erwartungsgemäß in Kraft, auch wenn sich Japans konservatives Verteidigungsestablishment zusammen mit der Yomiuri Shimbun¹² über Monate hinweg mehrfach und unmissverständlich für eine Überarbeitung der Prinzipien ausgesprochen hat.

Die Yomiuri Shimbun setzt sich seit je her - gewöhnlich mit nachdrücklicher Unterstützung des konservativen und ultrakonservativen Verteidigungsestablishments - für einen Ausbau des japanischen verteidigungs- und militärpolitischen Profils ein. Nach Ansicht dieser einflussreichen Tageszeitung sollte dies gemeinsam mit der Revision der japanischen „Friedensverfassung“ und der Revision der „Nicht-Nuklear Prinzipien“ erfolgen.

Diese Tageszeitung setzt sich für eine Überprüfung der Prinzipien ein, weil mindestens eine der Prinzipien während des Kalten Kriegs mehrfach verletzt wurde. Im März 2010 hat eine von dem damaligen Premierminister Hatoyama eingesetzte Außenminis-

teriumskommission nach Durchsicht von Regierungsdokumenten zum ersten Mal offiziell bestätigt, was seit Jahrzehnten inoffiziell bekannt ist: Autorisiert durch geheime japanisch-amerikanische Vereinbarungen aus den 1960er Jahren¹³ haben amerikanische, mit Atomsprengköpfen bestückte Kriegsschiffe über Jahrzehnte hinweg wiederholt japanische Häfen angelaufen.

Die Befürworter der Revision der „Nicht-Nuklear-Prinzipien“ fordern von der Regierung daher die offizielle Erlaubnis dessen, was seit den 1960er Jahren inoffiziell gehandhabt wird. Sie führen an, dass das Einführen und Stationieren nuklearer Waffen nach Japan spätestens dann „notwendig“ werden kann, wenn Nordkorea die Entwicklung seines Nuklearwaffenprogramms vorantreibt.

„Eindimensionale“ Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Beachtenswert ist, dass die neuen Verteidigungsleitlinien nicht von Politikern verfasst wurden, sondern von Wirtschaftsvertretern, die von der Regierung zu einer „Beratergruppe“¹⁴ zusammengefasst wurden. Diese Tatsache brachte der Regierung von Teilen der Presse die Kritik ein, sich bei der Formulierung japanischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf die Meinungen und Analysen von Personen und Personengruppen verlassen zu haben, die Japans Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu einer „eindimensionalen“ anstelle einer „allumfassenden“ Sicherheitspolitik¹⁵ umwandeln wollen.

Hierbei sind die Begriffe „eindimensional“ und „nicht allumfassend“ dahingehend zu verstehen, dass die neuen Verteidigungsleitlinien die Gewichtung zu sehr auf militär- und verteidigungspolitische Konzepte und Strategien legen und dabei diejenige japanische Außen- und Sicherheitspolitik vernachlässigen, die unter Einsetzung von Japans wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten erfolgreich implementiert wurde. Japans

¹⁰ sog. *Non-Nuclear Principles*

¹¹ wurde bis heute nicht in Gesetzesform verabschiedet

¹² Japans auflagenstärkster Tageszeitung mit 11 Millionen verkauften Exemplaren pro Tag

¹³ sog. *US-Japan Secret Agreements*

¹⁴ sog. *Advisory Council*

¹⁵ sog. *comprehensive security*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

JAPAN

AXEL BERKOFISKY

21. Januar 2011

www.kas.de/japan

www.kas.de

Außenwirtschaftspolitik¹⁶ wurde jahrzehntelang in erheblichem Maße von Wirtschafts- und Entwicklungshilfe unterstützt und war bis in die jüngste Vergangenheit das „Markenzeichen“ japanischer regionalen Außen- und Sicherheitspolitik. Dieser Umstand trug verstärkt dazu bei, dass Japan über Jahrzehnte hinweg in Ost- und Südostasien als „friedliche“ Wirtschafts- und Handelsmacht perzipiert wurde, deren Wirtschaftswachstum und finanzielle Ressourcen der wirtschaftlichen Entwicklung Asiens zugute kamen. Die Kritiker sind der Ansicht, dass die neuen Verteidigungsleitlinien die japanische Sicherheitspolitik zu „militaristisch“ machen, während das außenpolitische Instrument „Wirtschaft und Handel“ an Relevanz verliert.

Bereits in den letzten Jahren hat Japan seine für Asien bestimmte Entwicklungshilfe um rund 50% reduziert. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass sie in den kommenden Jahren weiter reduziert wird.

Effektiv oder Kontraproduktiv?

Bemerkenswert für das „offiziell pazifistische“¹⁷ Japan ist der Wortlaut der Leitlinien, wonach Japan seinen Beitrag zu regionaler Stabilität und Sicherheit durch die förmliche „Zurschaustellung“ seiner militärischen Ausrüstung und Kapazitäten leisten sollte. Die Leitlinien in der englischen Fassung sprechen dabei davon, [...] *that Japan can contribute to regional stability by 'increasing the activity' of its defense hardware and clearly demonstrating' its advanced capabilities.*

Die von der Regierung eingesetzten Verteidigungsplaner waren offensichtlich der Auffassung, dass die Demonstration von militärischer Stärke gegenüber China¹⁸ und das Betonen der Wichtigkeit dieser Abschreckungsstrategie die für das Land richtige und notwendige sicherheitspolitische Stra-

ategie sei.

Die konservative japanische Tageszeitung Asahi Shimbun ist jedoch anderer Meinung. Sie befürchtet, dass sich diese Strategie und damit die Verteidigungsleitlinien als solche für die japanischen Sicherheitsinteressen als kontraproduktiv herausstellen könnten.

Die Asahi Shimbun behauptet, dass der auf dem jüngsten japanisch-chinesischen Gipfeltreffen im November 2010 von Japan beteuerte „gegenseitige strategische Nutzen“¹⁹ durch den Ausbau der japanisch-chinesischen Beziehungen aufgrund dieser Verteidigungsleitlinien unglaubwürdig seien. Das Blatt spricht dabei von offensichtlichen Widersprüchen zwischen der japanischen Außenpolitik und Diplomatie auf der einen und seiner Verteidigungspolitik auf der anderen Seite: „Gegenseitiger strategischer Nutzen“ versus Verteidigungsleitlinien, in denen explizit vor einer chinesischen potentiellen militärischen Bedrohung gewarnt wird.

Chinas jüngst offiziell angekündigten Pläne, nach denen die Konstruktion und Stationierung einer Flugzeugträgerflotte beschleunigt werden soll, werden die japanischen Verteidigungsplaner jedoch in ihrer Besorgnis hinsichtlich einer potentiellen und (potentiell) konkreter werdenden chinesischen militärischen Bedrohung bekräftigt haben. Darüber hinaus werden sie sich dadurch in ihrer Ansicht bestätigt fühlen, dass die Verteidigungsleitlinien und die darin angekündigte Auf- und Umrüstung der japanischen Streitkräfte notwendig sind bzw. künftig notwendig werden.

Japans Verteidigungsestablishment ist sich nahezu einig, dass die Stationierung einer chinesischen Flugzeugträgergruppe das Gleichgewicht der militärischen Kräfte in Ostasien im Allgemeinen und in der Ostchinesischen See im Besonderen zu Chinas Gunsten verschieben wird. Realistisch gesehen wird es allerdings noch einige Jahre dauern, bis

¹⁶ sog. *keizai gaiko* im Japanischen

¹⁷ „pazifistisch“ aufgrund des Artikels 9 der japanischen Verfassung, welches streng genommen dem Land das Unterhalten von Streitkräften verbietet

¹⁸ es besteht wenig Zweifel darüber, dass hier in erster Linie China (neben Nordkorea) der ‚Adressat‘ ist

¹⁹ sog. *mutual strategic benefit* in der englischen Version der Presseerklärung des Gipfeltreffens

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

JAPAN

AXEL BERKOFISKY

21. Januar 2011

www.kas.de/japan

www.kas.de

China einen ersten Flugzeugträger vom Stapel laufen lassen kann.

Vorher „Basic“, jetzt „Dynamisch“

Auch wenn in der Endfassung der Leitlinien vom Dezember 2010 weder die Aufhebung des Waffenexportverbots noch eine Aufhebung der „Nicht-Nuklear-Prinzipien“ vorgenommen wurden, ist deren Revision insgesamt dennoch weitreichend und konzeptionell durchaus fundamental.

Dem Konzept der sog. *Basic Defense Capabilities* lagen die bisherige japanischen Verteidigungsleitlinien und Strategien zugrunde. Dies bedeutet, dass bislang die Unterhaltung der Streitkräfte und die Militärausrüstung ausschließlich zur Verteidigung des inländischen japanischen Territoriums im Falle eines Angriffs von „außen“ bestimmt waren. Die neuen Verteidigungsleitlinien hingegen sprechen von „dynamischen Verteidigungskapazitäten“²⁰, die nun nicht nur zur Landesverteidigung, sondern darüber hinaus auch zur Verteidigung von japanischen Sicherheitsinteressen außerhalb des japanischen Festlandes eingesetzt werden können²¹.

Während die bisherigen Verteidigungsleitlinien die Militärkapazitäten und die Ausrüstung der japanischen Streitkräfte auf ein für die Landesverteidigung notwendiges „Mindestmaß“ reduzierten²², sollen Japans Streitkräfte künftig mit einem eigenen Budget und Militärkapazitäten ausgestattet werden. Diese sollen es ihnen ermöglichen, auf Krisenszenarien zu reagieren, die über die Landesverteidigung des japanischen Festlandes hinausgehen.

Diese Veränderung steht für eine mögliche konzeptionelle Ausdehnung des Begriffs „Landesverteidigung“, wobei damit zweifellos auch militärische Krisenszenarien²³ gemeint sind.

²⁰ sog. *dynamic defense capabilities*

²¹ wie z.B. in Nordkorea

²² sog. *Minimum defense forces necessary for an independent country*

²³ Wie bspw. von Nordkorea oder auch China ausgehende Raketenangriffe

In der Vergangenheit wurde in diesem Zusammenhang mehrmals laut darüber nachgedacht, Japan mit offensiven Kurz- und Mittelstreckenraketen auszurüsten, die in der Lage sein sollten, nordkoreanische Raketenstützpunkte und -silos zu bombardieren, falls es Anzeichen dafür geben sollte, dass Nordkorea im Begriff sei, einen Raketenangriff auf Japan zu planen oder auszuführen.

Bisher wurden solche Pläne von der herrschenden Meinung in Japan als zu unrealistisch für das „pazifistische“ Japan abgetan. Sollte Nordkorea jedoch die Entwicklung seiner Raketen- und Nuklearprogramme nicht einstellen oder sogar noch intensivieren, so kann es nicht ausgeschlossen werden, dass die Debatte um die Bewaffnung Japans mit offensiven Raketen wiederauflockern wird.

Kritiker der neuen Verteidigungsleitlinien geben zu Bedenken, dass der künftig potenziell „dynamische“ Charakter der japanischen Sicherheits- und Militärstrategie im Krisenfall eine drastische Erhöhung des japanischen Verteidigungsbudgets bedeuten könnte. Seit Jahrzehnten jedoch ist das Verteidigungsbudget auf 1% des japanischen Bruttonationalproduktes beschränkt. Eine Erhöhung würde die Änderung eines der Grundprinzipien der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedeuten, was das Vertrauen von Japans geographischen Nachbarn in die friedvollen Absichten seiner Verteidigungspolitik erschüttern könnte.

Auf- und „Umrüstung“

Japan wird in den nächsten Jahren aufgrund der neuen Verteidigungsleitlinien nicht notwendigerweise aufrüsten, sondern in erster Linie umrüsten. So wird unter anderem die Anzahl der japanischer U-Boote von gegenwärtig 16 auf 22 erhöht und die Anzahl der japanischer Panzer von 600 auf 400 reduziert werden. Die Mehrheit der japanischen Panzer war bisher in Hokkaido zur Abwehr von sowjetischen und später russischen Panzern stationiert. Einem solchen Krisenszenarium wird in den neuen Verteidigungsleitlinien wenig Relevanz zugeordnet, was die Reduzierung japanischer Panzer militär-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

JAPAN

AXEL BERKOFISKY

21. Januar 2011

www.kas.de/japan

www.kas.de

strategisch sinnvoll macht. Außerdem wird die Anzahl der mit Raketenabwehrsystemen ausgestatteten sog. AEGIS-Zerstörer von vier auf sechs aufgestockt.

Das japanische Heer hingegen wird in den nächsten Jahren von 155.000 Soldaten um rund 1.000 Soldaten auf insgesamt 154.000 reduziert. Dabei werden zahlreiche Truppenverbände vom Norden²⁴ in den Süden des Landes, vorrangig auf die Nansei-Inselgruppe²⁵, umstationiert. Die Nansei-Inselgruppe ist die im Westpazifik südwestlich von Kyushu entlang der Grenze zur Ostchinese gelegene japanische Inselgruppe.²⁶

Um im Falle eines Raketenangriffs reagieren zu können, wird zudem die Anzahl der auf Okinawa²⁷ stationierten Kampfflugzeuge von 24 auf 36 erhöht. Des Weiteren werden die auf den japanischen Nansei-Inseln installierten Luft- und Raketenabwehr sowie die Kommunikations- und Kommandostrukturen verbessert. Die Verteidigungsleitlinien sehen somit eine Verlagerung der militärischen Überwachungs- und Aufklärungstätigkeiten auf das japanische Territorium in geographischer Nähe zu China vor.

Insbesondere Japans hochmoderne und exzellent ausgerüstete Küstenwache²⁸ wird in den kommenden Jahren noch besser ausgerüstet. Während im Jahre 2006 mittels erhöhtem Küstenwachenbudgets²⁹ zwei neue Patrouillenboote und zwei Langstreckenbomber³⁰ gekauft wurden, sollen bis zum Jahr 2012 weitere 21 Boote und sieben neue Kampf- und Aufklärungsflugzeuge mit dem zusätzlichen „Einsatzgebiet“ Ostchinese eingesetzt werden. Die in den letzten Jahren kontinuierliche Erhöhung des japanischen Küstenwachenbudgets diente vor allem der Anschaffung zusätzlicher hochmoderner

Patrouillenboote. Mittels dieser soll das wiederholte und mittlerweile regelmäßige Eindringen von chinesischen Kriegsschiffen in die von Japan beanspruchten Hoheitsgewässer nahe der umstrittenen und von Japan kontrollierten Territorien in der Ostchinese verhindert werden.

Zusätzlich autorisiert die revidierte Version des sog. *Japanisches Küstenwachegesetzes*³¹ die Küstenwache seit dem Jahr 2001, auf illegal in japanische Hoheitsgewässer eindringende Kriegsschiffe³² zu schießen. Genau dies geschah rund einem Monat nach Verabschiedung des Gesetzes: Ein nordkoreanisches Kriegsschiff drang in japanische Hoheitsgewässer ein und weigerte sich partout, auf Anweisung der Küstenwache hin abzudrehen und die japanischen Hoheitsgewässer zu verlassen. Daraufhin wurde es von der japanischen Küstenwache versenkt.

Japan ohne Plan?

Seit Machtübernahme der DPJ im September 2009 sind von Japan keine regionalen außenpolitischen Initiativen und Ideen mehr ausgegangen, die Japans Profil von einer vermeintlich außenpolitisch dynamischen „Mittelmacht“³³ hätten stärken können. Dies war während der DPJ-Wahlkampfkampagne im Jahre 2009 jedoch genau dasjenige außen- und sicherheitspolitische Profil, das das Land nach Ansicht des damaligen Ministerpräsidentenkandidaten Yukio Hatoyama anstreben sollte.

Ferner gehörten hierzu vor allem der geplante Ausbau und die Intensivierung von Japans regionaler Diplomatie sowie die Entwicklung japanischer Ideen und Konzepte zur Vertiefung regionaler politischer, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Integration. Die Regierung des damaligen Premierministers Hatoyama versprach dabei insbesondere die „Wiederbelebung“ einer japanischen Führungsrolle bezüglich der regionalen Integration im Allgemeinen und der sog. *Ostasiatischen Gemeinschaft*³⁴ im

²⁴ in erster Linie von Japans nördlicher Insel Hokkaido

²⁵ auch Ryukyu-Inseln genannt

²⁶ Die Hauptinsel der Nansei-Inseln ist Okinawa und die südlichste Insel der Inselgruppe ist rund 75 Kilometer von Taiwan entfernt.

²⁷ in erster Linie auf dem japanischen Militärstützpunkt in Naha, der Hauptstadt der Präfektur Okinawa

²⁸ *Japan Coast Guard (JCG)*

²⁹ in Höhe von rund 1,7 Milliarden US-Dollar

³⁰ mit einer Reichweite von 12.000 Meilen

³¹ *Japan Coast Guard Law*

³² in den letzten Jahren ein Synonym für nordkoreanische Zerstörer und U-Boote

³³ sog. *„Middle Power“*

³⁴ *„East Asian Community“*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

JAPAN

AXEL BERKOFISKY

21. Januar 2011

www.kas.de/japan

www.kas.de

Besonderen. Bislang ist es jedoch lediglich bei diesen Ankündigungen geblieben.

Der Mangel an japanischen außen- und sicherheitspolitisch relevanten Initiativen in den letzten 18 Monate hat in Japan folglich (und wenig überraschend) dazu geführt, dass sich diejenigen Stimmen gemehrt haben, die der derzeitiger politischer Führung eine mangelhafte, wenn nicht sogar völlig fehlende „strategischer Vision“ vorwerfen. Sie kritisieren, dass Japans Sicherheitspolitik der letzten 18 Monate als weitestgehend „reaktiv“ zu bezeichnen ist.

So rammte bspw. im September 2009 ein chinesisches Fischerboot willentlich einen japanischen Zerstörer der Küstenwache in der Ostchinese, was jedoch - abgesehen von einer kurzzeitigen Verhaftung und Inhaftierung des chinesischen Kapitäns³⁵ - für China ohne weitere Konsequenzen blieb. Dieser Vorfall sowie die offensichtliche Unfähigkeit der japanische Küstenwache, die Kollision als solche zu verhindern, wurde von den Kritikern als vermeintlicher „Beleg“ einer „reaktiven“ Außen- und Sicherheitspolitik von Premierminister Kan bezeichnet.

Die Entscheidung der Regierung von der geplanten Aufhebung des o.g. Waffenexportverbots aus innenpolitischen Gründen abzusehen bzw. dies bis auf Weiteres zu verschieben, wird von den Kritikern der Regierung als weiterer „Beleg“ dafür angeführt, dass es der Regierung unter Premierminister Naoto Kan an außen- und sicherheitspolitischer Kompetenz und Weitsicht mangle.

Fazit

Die Revision der Verteidigungsleitlinien ist verteidigungspolitisch als „nicht dramatisch“ zu bezeichnen, zumal sie nicht mit einer Erhöhung des Verteidigungsbudgets einhergeht. Das Verteidigungsbudget belief sich laut dem Stockholmer SIPRI in den letzten drei Jahren jährlich auf rund 46 Milliarden

³⁵ der chinesische Kapitän wurde auf massiven Druck der chinesischen Regierung hin wieder freigelassen

US-Dollar³⁶. Das ist rund die Hälfte dessen, was China jährlich für den Unterhalt und die Modernisierung seiner Streitkräfte ausgibt.³⁷

In den nächsten fünf Jahren wird das japanische Verteidigungsbudget um 3 bis 5% sinken, was zweifelsohne die Umsetzung der oben erwähnten Auf- und Umrüstung der japanischen Streitkräfte beeinträchtigen wird. Während diese - wie auch in den Vorjahren - in den nächsten Jahren zu Sparmaßnahmen gezwungen werden, kann nicht ausgeschlossen werden (bzw. ist es sogar wahrscheinlich), dass sich Japan mit sog. Zusatzhaushalten über etwaige finanzielle Engpässe bei der Umstrukturierung seiner Streitkräfte „hinweghelfen“ könnte.

In den vergangenen Jahren wurden auf diese Art der „kreativen Haushaltsführung“ bspw. Teile des japanischen finanziellen Beitrags zur Entwicklung des amerikanisch-japanischen regionalen Raketenabwehrsystems finanziert.

Die gute Nachricht für Japans „beunruhigte“ Nachbarn³⁸ ist, dass Japan auch nach Verabschiedung der Verteidigungsleitlinien in den nächsten Jahren über keine sog. *power projection capabilities* verfügen wird. D.h. die neuen Leitlinien werden nicht³⁹ mit dem Kauf offensiver Militärausrüstung einhergehen, welche die japanischen Streitkräfte in die Lage versetzen würde, andere Länder militärisch anzugreifen.

Die schlechte Nachricht jedoch⁴⁰ ist, dass die Verteidigungsleitlinien das nun auch nicht mehr kategorisch ausschließen.

Professor Axel Berkofsky ist Gianni Mazzocchi Fellow an der Universität Pavia und Senior Associate Research Fellow am Istituto per gli Studi di Politica Internazionale (ISPI) in Mailand.

³⁶ etwa 0.9% des japanischen Bruttosozialprodukts

³⁷ 2009 rund 86 Milliarden Dollar und 2% des chinesischen BSP.

³⁸ in diesem Fall in erster Linie ein Synonym für „China“

³⁹ es denn die sicherheitspolitischen Lage in Ostasien verändert bzw. verschlechtert sich dramatisch

⁴⁰ hier wohl für China und Nordkorea